

Discounter für Ramelsloh SPD Ramelsloh-Ohlendorf-Holtorfsloh ist weiterhin dafür

Ein Aldi in Ramelsloh – ist das wirklich nötig? Zuerst waren wir mehrheitlich der Meinung, das Vorhaben nicht zu unterstützen. Doch bei genauerer Betrachtung und Diskussion aller Vor- und Nachteile merkten wir schnell, dass mehr Gründe für als gegen die Ansiedlung sprachen. Für ältere und gesundheitlich angeschlagene Menschen sowie Bürger ohne Auto wäre eine weitere Einkaufsmöglichkeit vor Ort wichtig. Außerdem ist es in Zeiten, in denen das Autofahren teurer wird, nicht sinnvoll, dass die Bevölkerung von Ohlendorf, Ramelsloh und Holtorfsloh weite Wege in Kauf nehmen muss, um einen Discounter zu erreichen. Auch ökologische Gesichtspunkte sprechen dafür. All diese Gründe überzeugten uns, dass es vorteilhaft sein würde, einen Aldi am Ort zu haben. Inzwischen haben wir in der SPD einen Konsens erreicht, es zeigt sich aber, dass der Weg bis zur Umsetzung holprig ist – und wir noch nicht am Ziel sind.

Nachdem der Ortsrat sich für eine Ansiedlung ausgesprochen hatte, kam das Anliegen in den Umwelt- und Planungsausschuss der Gemeinde Seevetal. Dieser hat sich einstimmig für eine Ansiedlung ausgesprochen und die Verwaltung eine Bauvoranfrage an den Landkreis Harburg und die Industrie- und Handelskammer in Lüneburg gestellt. Leider waren beide Stellungnahmen negativ für die Ansiedlung. Der Plan vertrage sich nicht mit den Zielen der Raumordnung, hieß es. Im Wege steht dem auch der Flächennutzungsplan der Gemeinde

Seevetal, da dieser vorsieht, den Einzelhandel nur in den Ortszentren Hittfeld, Maschen, Meckelfeld und Fleestedt auszubauen. Davon aber ist die Gemeinde bereit abzuweichen – der Weg wäre diesbezüglich also frei.

Zurzeit ist die Gemeinde dennoch weiter in Verhandlung mit dem Landkreis und der Industrie- und Handelskammer, um einen positiven Bescheid zu bekommen. Eine Entscheidung dazu ist aber offensichtlich noch nicht gefallen. Trotz aller Hindernisse fordern wir von der SPD, das Aldi sich in Ramelsloh ansiedeln können sollte.

Unsere Mitbürger in Ramelsloh, Ohlendorf und Holtorfsloh brauchen eine preiswerte Einkaufsmöglichkeit in ihrer Nähe. Wir haben das Zentrallager von Aldi in unserem Dorf, warum sollten wir nicht auch Nutzen haben von den vielen Lkw, die täglich an unseren Häusern vorbeirauschen, um die Aldi-Läden in und um Hamburg zu versorgen?

SPD Ohlendorf
Ramelsloh
Holtorfsloh
Johann Eckel



Mit den Jusos nach Brüssel

Brüssel. Hauptstadt Europas. Wir Jusos beabsichtigen eine Fahrt nach Brüssel zu unternehmen und bieten jungen Leuten die Möglichkeit, zusammen mit uns dorthin zu fahren. Wir haben vor, im Zeitraum vom 11.07.2011 – 14.07.2011 zu fahren. Was wird uns dort erwarten? Brüssel hat einiges sehenswertes und interessantes zu bieten. Europaparlament, Ländervertretungen, Museen, Heysel usw. Das sind nur einige der vielen Möglichkeiten in

Brüssel. Wenn Du Interesse hast mit uns dorthin zu fahren, dann melde dich doch einfach bei uns: jusos@spd-seevetal.de. Wir würden uns sehr freuen, wenn Du Dich bei uns melden würdest mit Namen, Alter und Wohnort, damit wir mit Dir Kontakt aufnehmen können. Leider ist der Ausflug nicht kostenlos – er wird Dich ca. 80 € kosten – aber es wird sich lohnen, die Hauptstadt Europas und unseren Europaabgeordneten kennen zu lernen.

Ein Sportzentrum für alle!

Der Sport findet in Seevetal und Umgebung immer mehr begeisterte Anhänger, ob Fußball, Turnen oder Sport für Jedermann. Während der Unterrichtszeit steht den Schülerinnen und Schülern für den Schulsport eine Sporthalle zur Verfügung. Darüber hinaus nutzen die Vereine die Sporteinrichtungen. Diese Mischnutzung ist notwendig, um einer Verschwendung von Ressourcen vorzubeugen. Doch führt sie gleichzeitig zu Konflikten.

Zum Beispiel beim TuS Fleestedt und den Nutzungszeiten: Die verschiedenen Sportsparten und Altersgruppen teilen sich gleichzeitig die 1-Feld Sporthalle der Grundschule Fleestedt und die Umkleide. Dazu kommt, dass in den letzten Jahren der Sportplatz immer öfter unbespielbar ist. Dies führt zu Spielausfällen. Zum einen ist es auf eine Übernutzung des Platzes, zum anderen auf Umwelteinflüsse wie aufgeweichter Boden zurückzuführen. Prävention durch Sport, Förderung des Breitensports sowie die aufgeführten Punkte haben die Politik veranlasst, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei wurden im Vorwege sechs Standorte für eine so genannte „Kleine Lösung“ Sporthalle und „Große Lösung“ Sportangebot an einem Standort geprüft. Am Ende hieß der einzige mögliche Standort Mühlenweg. Für uns ist er nicht der favorisierte. Aber aus den vorgenannten Gründen haben wir als SPD unsere Zustimmung für das weitere Planverfahren gegeben. Mit einer Einschränkung: Dass die Finanzierungsplanung kritisch betrachtet wird. Nun ist es an der Verwaltung, Verkaufsgespräche mit den beteiligten Grundeigentümern zu führen.

Svenja Stadler,
stellvertretende
Ortsvereins-
vorsitzende



Wir im Landkreis Harburg...

Was wird aus unserem Landkreis?

Der Landkreis Harburg hat in den letzten 40 Jahren eine unglaubliche Entwicklung erlebt: 1970 zählte er 145.000 Einwohner, im Jahr 2010 sind es 246.000. Wird das so weitergehen?

Die – allerdings nicht gesicherten – Prognosen gehen für das südliche Hamburger Umland von einem Zuwachs bis 2025 auf 260.000 aus, danach sind fünf Jahre Stagnation und im Anschluss ein Bevölkerungsrückgang angesagt.

Ursprünglich sollte sich der Landkreis schwerpunktmäßig entlang der Bahnachsen Harburg – Stade, Harburg – Buchholz – Tostedt und Harburg – Winsen – Lüneburg entwickeln. In den Achsenzwischenräumen sollten die vorhandenen geschlossenen Grünräume erhalten bleiben. Dieses Konzept ist inzwischen in einigen Bereichen durch Bauländerweiterungen durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

Es kommt nun darauf an, die jetzt noch vorhandenen geschlossenen Grünräume wirksam zu schützen. Mit der Neufassung des Regionalen Raumordnungs-Programms des Landkreises (RROP) kann jetzt der weiteren Zersiedlung entgegengewirkt werden. Dafür braucht man im Kreistag entsprechende Mehrheiten. Gleichzeitig sollten wir den Blick über den Zeithorizont des RROP hinaus bis auf das Jahr 2050 richten. Nicht nur die Politik, alle an den öffentlichen Belangen Interessierten sollten sich der Frage stellen: Wie soll unser Landkreis im Jahr 2050 aussehen? Entwickeln wir doch unter breiter öffentlicher Beteiligung ein Leitbild für unseren hoffentlich auch zukünftig noch lebens- und liebenswerten Landkreis bis zur Jahrhundertmitte!



Prof. Dr.
Jens-Rainer
Ahrens

Der Landkreis Harburg darf keine „Maiswüste“ werden!

Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt die Förderung regenerativer Energien. Dies gilt auch für den nachhaltigen Ausbau der Biogasnutzung besonders auf Basis nachwachsender Rohstoffe. Für zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe sichert das zusätzliche Standbein Biogaserzeugung den wirtschaftlichen Erfolg.

Trotzdem kann die rasante Zunahme beim Bau von Biogasanlagen im Landkreis Harburg ohne planerische Grundlagen nicht länger hingenommen werden, denn der Betrieb von Biogasanlagen bedingt aus wirtschaftlichen Gründen den Ausbau entsprechender Energiepflanzen in möglichst naher Umgebung der Biogasanlagen. Es gibt bereits jetzt regionale Bereiche mit einer stärkeren Konzentration von Biogasanlagen und damit verbunden einem flächenmäßig ausgeprägteren Anbau von Energiepflanzen, vornehmlich Mais. Dies kann in der genannten Ausprägung nicht weiter hingenommen werden. Im Landkreis



Reinhard Riepshoff

müssen kurzfristig Mindestkriterien (Abwärrnenutzung, Ausschlussgebiete, etc.) für die Errichtung neuer Biogasanlagen eingeführt werden. Den Kommunen müssen planerische

Regelungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Auch aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes birgt der verstärkte Bau von Biogasanlagen mit vermehrtem Anbau von Energiepflanzen Konfliktpotenzial. Naturschutzverbände fordern beispielsweise angesichts von Monokulturen in der Landschaft eine Beschränkung des Anteils einer Fruchtart in der Biogasanlage auf maximal 50 Prozent und die Ein-

haltung einer dreigliedrigen Fruchtfolge.

Auch die Jägerschaft klagt in einigen Regionen angesichts des verstärkten Maisanbaus über eine kaum noch zu kontrollierende Wildschweinpopulation. Auch darf der touristische Aspekt im Landkreis Harburg mit seinen zahlreichen sensiblen Bereichen nicht außer Acht gelassen werden.

Kommunen in Finanznot

Die SPD will das Schröpfen der Städte und Gemeinden durch die Landesregierung nicht hinnehmen

Das Schwimmbad um die Ecke wird geschlossen, die örtliche Bibliothek verschwindet, die Krippe für Kinder wird gar nicht erst eingerichtet, für Busfahrten muss man immer mehr bezahlen, und auch die Eintrittspreise fürs Theater klettern unverhältnismäßig in die Höhe, während man auf immer maroderen Straßen unterwegs ist. Das ist das Szenario, das droht, wenn die Landesregierung die Kommunen weiterhin finanziell im Regen stehen lässt. Auf die Städte und Gemeinden kommen Engpässe zu, die fatale Folgen für die Lebensqualität vor Ort haben.

Die Schwächung der Kommunen ist bereits jetzt eklatant. Die Landesregierung hat, um

den eigenen Haushalt zu konsolidieren (was nicht gelungen ist), die Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs gesenkt. Das kostet die Kommunen in Niedersachsen jedes Jahr rund 100 Millionen Euro! Die SPD-Landtagsfraktion hat sich frühzeitig gegen diese Maßnahme gestemmt. Wir fordern die Anhebung der Quote auf das vorherige Niveau.

Ab 2012 stellt das Land jährlich bis zu 35 Millionen Euro in einem Sondervermögen zur Rückführung von Liquiditätskrediten für Kommunen mit extremer Kassenkreditverschuldung zur Verfügung. Kommunen, die sich zu einer Fusion mit Nachbargemeinden bereit erklären, profitieren in der Regel von diesem sogenannten Entschuldungsfonds.

Die SPD will die Säulen der Kommunal Finanzen erhalten und tritt für eine Verstärkung der Einkünfte aus dem kommunalen Finanzausgleich ein. Das soll per Stabilisierungsfonds, der den Kommunen auch bei Einbruch der Steuereinnahmen eine Mindestsumme aus dem kommunalen Finanzausgleich zusichert, erreicht werden.

Und während CDU und FDP über die Abschaffung der Gewerbesteuer nachdenken, fordern



wir deren Weiterentwicklung. Die Kommunen benötigen verlässliche Einnahmen auf einem angemessenen Niveau. Die SPD will deshalb die Bemessungsgrundlage erweitern, indem auch Freiberufler in die Gewerbesteuer mitbezogen werden.

Starke und handlungsfähige Kommunen sind unser erklärtes Ziel. Städte und Gemeinden müssen ausreichend Finanzen zur Verfügung haben, um ihre Aufgaben auch im Dienste der

Bürgerinnen und Bürger effektiv wahrnehmen zu können. Damit nicht demnächst das Schwimmbad um die Ecke dichtgemacht werden muss...



Silva Seeler

Niedrigere Gebühren. Höhere Löhne. Mehr Gestaltungsspielraum!

Immer mehr Kommunen versuchen, Fehlentwicklungen der Privatisierungswelle zu korrigieren - und entdecken sich wieder als Arbeitgeber.

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen laufen in den nächsten Jahren die vertraglichen Bindungen mit den Unternehmen in verschiedenen Sparten der kommunalen Daseinsvorsorge aus. Dadurch ergibt sich die Frage, wie die Aufgaben in der Zukunft durch wen ausgeführt werden sollen. Mal ist es die Reinigung, mal sind es die Bauhöfe, dann wieder die Abfallwirtschaft, teilweise auch die Stadtwerke.

Während in einigen Kommunen munter weiter auf „Privatisierung“ gesetzt wird, holen sich andere Städte und Gemeinden längst zurück, was sie einst ausgegliedert haben. Und damit ist klar: Während der Privatisierungszug vor ein paar Jahren noch nur in eine Richtung fuhr und den Anschein erweckte, als würde er jeden Bereich erfassen, gibt es einen ersten Trend in die andere Richtung.

Rekommunalisierung heißt das Zauberwort. Sie ist zwar kein Indiz dafür, dass die Städte und Gemeinden finanziell gesehen aufatmen können. Im Gegenteil: Vielen Kommunen steht das Wasser nach wie vor bis zum Hals. In den vergangenen Jahren wurde auf Geldnot mit Privatisierung reagiert.

Mit der Privatisierung verloren die Städte und Gemeinden allerdings auch ihren politischen Einfluss, der Betrieb sowie die Kosten entzogen sich der öffentlichen Kontrolle und Steuerung. Immer wieder wurde zwar darauf verwiesen, dass die Privaten letztendlich billiger sind als die kommunalen Dienstleister. Aller-



Jens Feldhusen

dings haben Kommunen, die nun rekommunalisieren, genau das Gegenteil festgestellt: Die Kommunalen Dienstleister können die jeweilige Dienstleistung ebenso günstig – häufig sogar günstiger – und die Leistungen teilweise sogar besser als die Privaten anbieten. Rekommunalisierung bedeutet auch die Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung neuer standortrelevanter Geschäftsfelder durch kommunale Unternehmen sowie durch die überwiegende Vergabe von Aufträgen der Kommunalwirtschaft an lokale und regionale Zulieferer, Handwerker und Dienstleister.

Dies bedeutet, dass die erwirtschafteten Renditen Zuführungen zu den kommunalen Haushalten ermöglichen und somit wichtige Beiträge zur Finanzierung weiterer kommunaler Aufgaben sind. Sowohl durch das eigentliche operative Geschäft als auch durch verschiedene Elemente freiwilligen gesellschaftlichen Engagements zeigen die Unternehmen der Kommunalwirtschaft zwei Seiten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, was man am Beispiel der Sparkassen sehr gut sehen kann.

Dies alles zeigt, dass die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe und Dienstleistungen – trotz oft erheblicher Anfangsinvestitionen – zahlreiche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die kommunalen Haushalte mit sich bringt.

Wollen wir die Lüneburger Wüste?

Für 30 Jahre wollen sich die Hamburger Wasserwerke (HWW) die Rechte an der jährlichen Förderung von 16,6 Mio. Kubikmetern Grundwasser in der Nordheide sichern. So ist es beim Landkreis Harburg beantragt. Wohin wird es führen, wenn dem Antrag gefolgt würde?

Nach der bereits Ende 2004 ausgelaufenen Genehmigung hatten die HWW das Recht, jährlich 25 (!) Mio. m³ Trinkwasser aus den 30 Brunnen in der Nordheide zu fördern. Freiwillig beschränkten sie sich auf 16 Mio. m³. Schon diese Menge führte aber in einigen Bereichen des Einzugsgebietes zu oberflächennahen Absenkungen des Grundwassers, z.B. im Oberlauf der Este und den Niederungen der Toppenstedter Aue oberhalb Toppenstedt. Ein Ergebnis im Beweissicherungsverfahren der alten Genehmigung, das uns im Arbeitskreis Wasserwerk Nordheide schon vor neun Jahren vorgestellt wurde.

Die Auswirkungen der Klimaentwicklung für die nächsten 30 Jahre sind nicht gesichert abzuschätzen, deshalb ist die Laufzeit absolut nicht akzeptabel. Jeder weitere sehr trockene Sommer verhindert die Neubildung des für uns und unsere Natur und Umwelt lebensnotwendigen Grundwassers.

Auch die Fördermenge ist auf den echten Trinkwasserbedarf Hamburgs zu reduzieren, vor allem, weil ja bekannt ist, dass die Hamburger Wasserwerke mehrere Mio. Kubikmeter Trinkwasser nach Lübeck weiter verkaufen! Wir wollen weitere negative Auswirkungen auf unsere Heideflüsse verhindern. Unsere Heide soll nicht zur Wüste werden!



Christa Beyer, Garstedt

IHRE ANSPRECHPARTNER

Hittfeld, Emmelndorf,
Helmstorf, Lindhorst:
Wolfgang Wöbken,
Telefon: 04105 - 400 58

Meckelfeld, Klein Moor:
Thomas Matull,
Telefon: 040 - 768 14 71

Fleestedt, Glüsing, Beckedorf,
Metzendorf:
Helmut Schild,
Telefon: 04105 - 3371

Maschen, Hörsten
Hans-Jürgen Lühmann,
Telefon: 04105-816 65

Horst
Helge Schreiber
Telefon: 04185 - 707 037

Ohlendorf,
Ramelsloh, Holtorfsloh
Johann Eckel
Telefon: 04185 - 32 91

Over, Bullenhausen, Groß Moor
Andrea Conrad
Telefon: 040 - 761 15 222

TERMINE

Jeden 1. Montag im Monat:
Stammtisch Meckelfeld im
Helbach-Haus um 19:30 Uhr

Jeden 1. Montag im Monat:
Stammtisch Fleestedt im
Fleester Hoff um 19:30 Uhr

Jeden 2. Dienstag im Monat:
Stammtisch Hittfeld im
Gambrinus um 19:30 Uhr

Jeden letzten Mittwoch im Monat:
Stammtisch Ramelsloh in der
Asia-Tenne um 19:30 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Seevetal
Redaktion: Jens Feldhusen v.i.S.d.P.,
Johann Eckel, André Erdmann,
Günther Schulz, Brigitte Somfleth,
Svenja Stadler
Layout & Satz: www.tinieckardt.de
Zuschriften: SPD Seevetal,
Schwalbenweg 7, 21220 Seevetal
E-mail: vorstand@spd-seevetal.de
Auflage: 13.000 Exemplare

Mehr Attraktivität in die Schulstraße

Das Einkaufszentrum für Maschen und Umgebung ist die Schulstrasse, vergleichbar mit der Kirchstrasse in Hittfeld. Derartige ‚Einkaufsstrassen‘ mit Supermärkten und kleinen Geschäften sind das Ziel der Kommunalpolitik zur Entwicklung von Einkaufsstandorten. In früheren Zeiten avancierte die Schulstrasse zum Vorzeigeobjekt für andere Orte und man beneidete uns um diese Entwicklung. Und heute?

Wir haben einen neuen REWE-Markt, ALDI ist hinzugekommen, LIDL wird kommen. Aber wo ist PENNY? Wo der Schlachter? Wo der Käse-Laden? Wo der (Spar) EDEKA? Wo die Kurzwaren? Stattdessen Leerstand, Räumungsverkäufe und eine nicht unerhebliche Fluktuation. So wurde die Schulstrasse im April 2009 zum Thema im Ortsrat, und als Ortsbürgermeister bin ich daraufhin initiativ geworden. Ich habe alle Eigentümer in der Schulstrasse im August 2009 eingeladen, weil ich mit den Menschen reden wollte und nicht über sie. Es bildete sich ein Arbeitskreis, der Möglichkeiten zur Belebung der Schulstrasse prüfen sollte. Gemeinsam machte man sich auf die Suche nach einer Möglichkeit, einen 2. Lebensmittel-Supermarkt als weiteren Frequenzbringer für die Schulstrasse unterzu-

bringen, das führte allerdings nicht zum Ziel. In dieser Situation kam der Hinweis auf ein Modellförderungsprogramm des Landes Niedersachsen. Wir bewarben uns und bekamen einen Projektkostenzuschuss von 12.000,- Euro. Dieses und gemeindliches Geld machten den Weg frei für die Erstellung eines Konzeptes für die Schulstrasse. Die renommierte Firma CIMA übernahm diese Aufgabe. Es wird ein Maßnahmenplan, der alle Beteiligten fordert. Dabei sind ohne Zweifel bereits erbrachte Leistungen für die Schulstrasse zu berücksichtigen. Im Frühjahr dieses Jahres wird das Konzept vorgestellt werden. Einen Satz aus dem Konzept kann ich hier schon ‚verraten‘: Die Herausforderung besteht nicht in der Entwicklung eines Profilkonzeptes, sondern darin, dieses in den nächsten Jahren Schritt für Schritt umzusetzen.

Günter Schulz,
Ortsbürgermeister
Maschen, Horst,
Hörsten



GHS Meckelfeld wird offene Ganztageschule

Mit dem Ausbau der Grund- und Hauptschule Meckelfeld zur offenen Ganztageschule zum August 2011 hat sich die Gemeinde Seevetal auf den Weg in die Zukunft gemacht. Für die SPD ist jedoch klar: Wir sind noch nicht am Ende dieses Weges angelangt. Deshalb fordern wir, dass nun auch bei den anderen Grundschulen in Seevetal ermittelt wird, ob ein Ausbau zur offenen Ganztageschule notwendig ist.

Grundschulen als Ganztageschulen zu führen, hat in mehrerer Hinsicht Vorteile. Für viele Eltern bedeutet es eine Erleichterung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für die Schulen steht der pädagogische Mehrwert im Vordergrund. So setzt sich die GHS Meckelfeld die Ziele, die Sozialkompetenz, die Gesundheitserziehung und die schulische Leistungsfähigkeit zu stärken. Künftig wird es an vier Tagen ein pädagogisches Betreuungsangebot bis 15.45 h für die Klassen 1 - 6 geben. Besonders wichtig ist das Angebot eines kostengünstigen und gesunden Mittagssessens. Im Anschluss daran bietet die Schule ein umfassendes Zusatzangebot von Förderunterricht und Hausgabenhilfe bis hin zur Teilnahme an Arbeitsgruppen aus dem sportlichen und musischen Bereich sowie einem Computer-Kurs.

Dass an der GHS Meckelfeld der Bedarf für ein Ganztageschulangebot von besonderer Bedeutung ist, haben alle Verantwortlichen erkannt. Im Gemeinderat wurde der Beschluss

sogar einstimmig gefasst. Insgesamt war die Diskussion um den Ausbau des Ganztageschulenangebotes in Niedersachsen im letzten Jahr geprägt durch die große Verunsicherung, die die CDU/FDP-Landesregierung ausgelöst hatte. Für 2011 waren keine Haushaltsmittel für neue Ganztageschulen vorgesehen, was einige Schulträger derart verunsichert hatte, dass sie erst gar keinen Antrag gestellt haben. Zum Glück wurden CDU und FDP von ihren eigenen Leuten in die Pflicht genommen und der „Ganztagszuschlag“ in Höhe von 1,95 Millionen in den Haushalt 2011 aufgenommen, von dem die GHS Meckelfeld profitieren wird, wenn die Landesschulbehörde unseren Antrag genehmigt. Nachdem mit Meckelfeld der erste zukunftsweisende Schritt getan worden ist, müssen wir weitere folgen lassen. Deshalb hat die SPD-Fraktion Anfang des Jahres den Antrag gestellt, in den kommenden Monaten alle weiteren sechs Grundschulen in den Blick zu nehmen, um zu prüfen, ob und wo weiterer Bedarf in der Gemeinde besteht.

Brigitte Somfleth,
Ortsbürgermeisterin
Meckelfeld

